

Rede zur Wermelskirchener Erklärung

§1 GG Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Nehmen wir diese Verantwortung als Kommunalpolitiker ernst, dann haben wir die Verpflichtung unsere Stimme gegen all diejenigen zu erheben für die Menschenwürde teilbar ist.

Lassen Sie mich versuchen darzulegen warum grade der Wortlaut der hier vorliegenden Resolution wichtig ist.

Unsere Demokratie besteht aus einem pluralistischen Meinungsspektrum von Rechts bis Links. Seit der Gründung der Bundesrepublik hat es immer wieder Reibungen zwischen den politischen Polen in unseren Parlamenten gegeben. Davon lebt und profitiert unsere Demokratie.

Was aber all diese Parteien einte, war das sie niemals unser Grundgesetz und die damit verbundenen Werte in Frage stellten. Das hat sich mit Einzug der AfD in den Bundestag grundlegend geändert.

Ziel der Rechtsextremisten in der AfD ist es, die freiheitliche Demokratie abzuschaffen und unsere Gesellschaft nach ihren völkisch- rassistischen und antipluralistischen Vorstellungen umzugestalten. Sie bedienen sich der Ängste und Krisenerfahrungen in der Bevölkerung, um die politischen Ränder zu radikalieren und ihre Agenda in die bürgerliche Mitte zu tragen. Die AfD versucht die Demokratie von innen heraus auszuhöhlen und ihre menschenverachtende Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Diese Partei sitzt in unsere Parlamenten, und das ist die eigentliche Gefahr.

Jedem der hier Anwesenden ist sicherlich bekannt welche Bestrebungen und welche Ideologie in dieser Partei mittlerweile vorherrscht. Dort haben rechtsextreme Kräfte die wenigen liberalen und bürgerlichen Gegenstimmen längst systematisch ausgeschaltet.

Der heimliche „Führer“ der AfD Höcke skizziert in seinem Buch klar und deutlich welchen Weg diese Partei einschlagen möchte: Zitat Höcke: „neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit“, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Oder Rene Springer, Bundestagsabgeordneter der AfD sagte unmittelbar nach bekanntwerden des Treffens in Potsdam : „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen“

Millionenfach? Das heißt dann natürlich auch Menschen die mittlerweile deutsche Staatsbürger sind.

Markus Frohnmeier Bundestagsabgeordneter der AfD: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt und ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und zwar nur für das Volk gemacht.“

Ich frage Sie liebe Kolleginnen und Kollegen, was empfinden Sie bei diesen Sätzen? Ich sage Ihnen was ich empfinde: Entsetzen, Abscheu und furchtbare Vorstellungen von Vertreibungen und Deportationen.

Entscheidend dabei ist: Das sind nicht die Stimmen irgendwelcher Kommunalpolitiker oder kleiner AfD Funktionäre, das sind Äußerungen von Meinungsbildnern und Bundestagsabgeordneten, und Gott bewahre, vielleicht auch eines zukünftigen Ministerpräsidenten in Thüringen.

In dem Kontext möchte ich an die Rede und den Satz der letzten Auschwitz überlebenden Eva Szepesi im Bundestag erinnern. Sie sagte „Nie wieder ist jetzt“. Dieser Satz schafft aktuell eine Dringlichkeit, ist eine Aufforderung die uns zum Handeln verpflichtet. Auch wenn unsere Möglichkeiten als Kommunalpolitiker begrenzt sind.

Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und dem Menschenverachtendem Faschismus, erheben wir mit dieser Resolution unsere Stimme auch gegen eine Partei, die „Gesindel entsorgen“ will, die sich von „kulturfremden Völkern“ bedroht sieht, die eine „Vernichtung der deutschen Identität“ durch einen „großen Austausch“ befürchtet, die von Faschisten, Rassisten, und Antisemiten durchsetzt ist.

In Anbetracht der seit langem bekannten Ideologie dieser Partei, den menschenverachtenden Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker, frage ich Sie: ist es nicht unsere Pflicht ohne wenn und aber klar Stellung gegen diese Bestrebungen zu beziehen? Ist es nicht unsere unsere

Pflicht grade in der der Kommunalpolitik, als Keimzelle der Demokratie, Schaden von unserer freien Gesellschaft und unseren Bürgern abzuwenden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/SPD/FDP/Freien Wählern/Büfo/Linken und Wählergemeinschaften: Trotz aller inhaltlich politischen Unterschiede eint uns doch der Glaube an eine demokratische und freie Gesellschaft. Daher lassen Sie uns in Zukunft gemeinsam die Abwehrkräfte stärken damit niemals wieder Parteien unsere Demokratie zur Disposition stellen. Diese Resolution ist nichts anderes als ein Zeichen das wir in Wermelskirchen zusammenhalten, zusammenhalten gegen eine Ideologie die unsere Gesellschaft spalten, und die Demokratie langfristig abschaffen will. Nie wieder ist jetzt, auch in Wermelskirchen.

Vielen Dank